

Deutsch-amerikanische Beziehungen | 20.06.2013 | Lesezeit 3 Min.

Von der Freiheit zum Freihandel

Als John F. Kennedy vor 50 Jahren Berlin besuchte, ging es ihm vor allem darum, die westlichen Werte von Freiheit und Demokratie hochzuhalten. Bei Barack Obamas Besuch standen nicht nur freundschaftliche, sondern auch wirtschaftliche Interessen im Mittelpunkt. Während seiner Europareise hat sich der US-Präsident unter anderem für ein transatlantisches Handelsabkommen eingesetzt.



Zwischen der Kennedy-Visite und Obamas erstem offiziellen Staatsbesuch in Berlin ist viel passiert: Vor 50 Jahren war Westberlin ein Symbol der Verteidigung von Freiheit und Demokratie, eine Insel inmitten eines feindlichen kommunistischen Umfelds, abgetrennt vom Rest Europas durch die kurz zuvor errichtete Berliner Mauer.

Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs waren es vor allem die USA, die sich darum bemühten, die Bundesrepublik wieder in die westliche Gemeinschaft einzubinden. Der Marshallplan und die Berliner Luftbrücke kosteten die Amerikaner viele Milliarden Dollar. Allein für die Versorgung der 2,1 Millionen Westberliner zwischen Juni 1948 und August 1949 durch die britischen und amerikanischen „Rosinenbomber“ gaben die beiden Westmächte insgesamt 200 Millionen Dollar aus.

Unter Mitwirkung der USA bekam die deutsche Wirtschaft nach und nach auch wieder Zugang zu den zuvor abgeschotteten Märkten. Gleichzeitig trieb der Wirtschaftsminister und spätere Bundeskanzler Ludwig Erhard die wirtschaftliche Liberalisierung der Bundesrepublik voran – ebenfalls eine wichtige Voraussetzung für das deutsche Wirtschafts- und Exportwunder:

Zwischen 1953 und 1963 wuchsen die deutschen Exporte um jahresdurchschnittlich fast 13 Prozent, die Ausfuhren in die USA sogar um annähernd 17 Prozent pro Jahr.



Ein halbes Jahrhundert später sind die deutsch-amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen nicht minder intensiv (Grafiken): Deutschland führte zuletzt für rund 137 Milliarden Euro Waren aus Amerika ein und nach Amerika aus – damit sind die USA Deutschlands viertwichtigster Handelspartner. Jeder zweite Kühlschrank und mehr als 500.000 Autos in den USA stammen aus der Bundesrepublik; umgekehrt finden vor allem pharmazeutische Erzeugnisse sowie medizinische und elektronische Geräte den Weg über den Atlantik hierher.

Im Dienstleistungshandel mit den USA verbucht Deutschland hingegen ein leichtes

Defizit - im Jahr 2012 in Höhe von rund 2,5 Milliarden Euro. Das liegt vor allem am Reiseverkehr, den Dienstleistungen der Unternehmensberater sowie an der Filmwirtschaft - Branchen, in denen die USA seit jeher besonders stark sind.

Großes Vertrauen bezeugt auch das Volumen der Direktinvestitionen. In keinem anderen Land der Welt haben deutsche Unternehmen so viel investiert wie zwischen Seattle und Miami (Grafik):

Der Bestand an deutschen Direktinvestitionen in den USA belief sich 2011 auf fast 254 Milliarden Euro.



Amerikanische Unternehmen waren im selben Jahr immerhin mit rund 50 Milliarden Euro in Deutschland engagiert.

Die transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen dürften zudem einen gewaltigen Aufschwung erfahren, wenn ein Projekt realisiert wird, das die europäischen und amerikanischen Staatenlenker seit den 1990er Jahren umtreibt und für dessen Forcierung sich Obama in seiner jüngsten Rede zur Nation aussprach: ein Freihandelsabkommen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten.

Diese Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) wäre das größte bilaterale Handelsabkommen aller Zeiten. Damit würden nicht nur die verbliebenen Zölle im Handel zwischen den USA und der EU nach und nach abgebaut. Ein solcher Schritt würde vor allem - so die Hoffnung - Tausende von regulatorischen Vorschriften dies- und jenseits des Atlantiks angleichen. Es gäbe dann weder Schutzzölle noch Umrüstungspflichten für Pkws und Elektrogeräte oder Restriktionen für die

Herstellung und Behandlung von Lebensmitteln.

Doch gerade der Agrarbereich könnte sich als Knackpunkt in den Verhandlungen erweisen. In der Europäischen Union existieren zum Beispiel deutlich strengere Regeln für gentechnisch veränderte Lebensmittel als in den USA. Auch die Zölle sind für landwirtschaftliche Produkte deutlich höher als für industrielle Waren. Die europäischen Restriktionen haben zur Folge, dass nur ein sehr geringer Anteil der amerikanischen Agrarexporte in die EU kommt: Obwohl auf den Äckern der Vereinigten Staaten 38 Prozent der weltweiten Maiserträge wachsen, importiert Europa lediglich einen Bruchteil davon. Ähnlich sieht es bei Geflügel und Rindfleisch aus.

Kernaussagen in Kürze:

- Während seiner Europareise hat sich der US-Präsident, Barack Obama, unter anderem für ein transatlantisches Handelsabkommen eingesetzt.
- Zwischen 1953 und 1963 wuchsen die deutschen Exporte um jahresdurchschnittlich fast 13 Prozent, die Ausfuhren in die USA sogar um annähernd 17 Prozent pro Jahr.
- Der Bestand an deutschen Direktinvestitionen in den USA belief sich 2011 auf fast 254 Milliarden Euro.